

bei militärischen Projekten ein summarisches Verfahren vorgesehen sein. Neu wird Ihnen beantragt, das bei Objektkrediten für Bauten des Bundesamtes für Rüstungswesen ebenso zu halten. Herr Nebiker – wie auch der Kommissionspräsident – hat Ihnen beim Eintreten die Begründung dargelegt: Man begründet es mit einer vermehrten unternehmerischen Führung und Planung.

Gegen diesen Wunsch ist sicher nichts einzuwenden. Aber ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass die Rüstungsherstellung durch die Eidgenossenschaft ein sehr sensibler, hochpolitischer Bereich ist. Wir müssen heute feststellen, dass immer mehr nur noch Teile von Waffensystemen irgendwo hergestellt werden, dass Zusammenarbeit gesucht werden muss. Auch unsere Rüstungsbetriebe rationalisieren. Irgendwann einmal wird sich die Frage stellen, mit wem und wie sie zusammenarbeiten sollen. Solange mit neutralen Staaten zusammengearbeitet wird, wird vermutlich nicht viel dagegen einzuwenden sein. Aber auch in diesem Fall sollte das Parlament wissen, was da geschieht. Jene unter Ihnen, die sich auskennen, wissen, dass in diesem Bereich Probleme und schwierige Entscheide bevorstehen. Diese möchte ich, da sie vor allem politischer Natur sind, wirklich nicht einfach dem Direktor überlassen. Wir genehmigen sonst im Budget ein Baubeglehen und erfahren vielleicht erst hinterher, dass es Teil eines Projektes ist, das in dieser Form problematisch ist.

Nachdem es hier um heikle Bereiche geht – möglicherweise um Neutralitätsfragen –, möchte ich Ihnen beliebt machen, die vorgeschlagene Neuerung nicht einzuführen, sondern beim bewährten System zu bleiben. Nachdem wir den Kreditrahmen so kräftig anheben, wird es sicher nicht mehr allzu viele dieser Geschäfte geben. Diese aber sind es dann wert, dass wir sie etwas ansehen und diskutieren. Ich möchte Sie bitten, dem Streichungsantrag zuzustimmen.

Fehr, Berichterstatter: In der Kommission lag ein derartiger Antrag nicht vor. Hingegen haben wir in der allgemeinen Aussprache über den Bundesbeschluss die vom Bundesrat vorgeschlagene Regelung als richtig taxiert, was mich dazu führt, Ihnen zu beantragen, den Antrag von Herrn Günter abzulehnen.

Das Ziel der Neuregelung besteht ja darin, dem Bundesamt für Rüstungsbetriebe eine Unternehmensführung zu ermöglichen, die sich bestmöglich an betriebswirtschaftliche Grundsätze hält. Da scheint uns die Nichtunterstellung unter die Botschaftspflicht den betrieblichen Bedürfnissen am ehesten zu entsprechen.

Wenn Sie dem Antrag von Herrn Günter zustimmen, wäre es so, dass Vorhaben nicht mehr – wie bis anhin – mit der Limite von 2, sondern neu von 10 Millionen in die militärische Baubotschaft aufgenommen werden müssten und auf diesem Weg bewilligt würden. Das wäre die Konsequenz, wenn Sie dem Antrag von Herrn Günter zustimmen. Wie gesagt, die Kommission empfiehlt Ihnen Ablehnung.

M. Frey Claude, rapporteur: Comme vous pouvez le constater, la proposition de M. Günter date d'aujourd'hui et la commission n'a donc pas eu l'occasion d'en discuter.

Dès lors, à titre personnel, mais tout en me basant sur les principes généraux dont la commission a débattu, je peux vous recommander de rejeter cette proposition, et ce pour deux raisons principalement.

Tout d'abord, l'exploitation des fabriques d'armement doit être basée notamment sur les mêmes critères et les mêmes contraintes de rentabilité qu'une entreprise privée. Par conséquent, l'élément de souplesse dans la conduite de l'entreprise est ici déterminant.

Ensuite, les demandes de crédits d'engagement pour les constructions et les installations devront être présentées en même temps que le budget et le plan des investissements. Par conséquent, cette nouvelle procédure ne diminue pas – et c'est essentiel – les compétences du Parlement.

C'est pourquoi nous vous recommandons de rejeter la proposition Günter.

Bundesrat Stich: Hier haben wir beabsichtigt, den Rüstungsbetrieben etwas mehr Flexibilität zu geben, ohne aber die Budgethoheit des Parlamentes zu tangieren. Langfristige, mehrjährige Investitionsvorhaben müssen ohnehin mit Investitionsverpflichtungskrediten angebehrnt werden, so dass Sie die Möglichkeit der Mitsprache haben. Vielleicht machen Sie es so, dass man die Flexibilität dort, wo sie nötig ist, gewährt und nicht dort, wo sie nicht wünschenswert ist, wie das bis jetzt der Fall gewesen ist.

In diesem Sinne müsste ich Ihnen beantragen, den Antrag Günter abzulehnen. Vielleicht machen Sie es aber auch umgekehrt.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Günter	30 Stimmen
Für den Antrag der Kommission	65 Stimmen

Art. 2 bis 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 2 à 4

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlusentwurfes	99 Stimmen (Einstimmigkeit)
-----------------------------------	--------------------------------

Abschreibung – Classement

Präsident: Der Bundesrat beantragt gemäss Seite 1 der Botschaft die Abschreibung einer Motion: Ad 84.052 (Kommission des Nationalrates).

Zustimmung – Adhésion

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

88.050

Doppelbesteuerung. Abkommen mit Island **Double imposition. Convention avec l'Islande**

Botschaft und Beschlusentwurf vom 17. August 1988 (BBI III, 519)
Message et projet d'arrêté du 17 août 1988 (FF III, 499)

Beschluss des Ständerates vom 28. November 1988
Décision du Conseil des Etats du 28 novembre 1988

Herr **Allenspach** unterbreitet im Namen der Wirtschaftskommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Island will vermehrt ausländische Investitionen anziehen und baut zu diesem Zweck unter anderem auch ein Netz von Doppelbesteuerungsabkommen auf. 1983 richtete Island ein Verhandlungsgesuch an die Schweiz. Trotz der verhältnismässig bescheidenen Interessen in Island (immerhin ist eine schweizerische Unternehmung zurzeit der bedeutendste ausländische Unternehmer in diesem Land) konnte sich die Schweiz diesem Begehren gegenüber einem EFTA- und OECD-Mitglied, welches zudem eine ähnliche Abkommenspolitik wie unser Land verfolgt, nicht verschliessen. Das Abkommen wurde im Sommer 1988 in Bern unterzeichnet. Das Abkommen folgt in materieller und formeller Hinsicht weitgehend dem OECD-Musterabkommen von 1977. Im Ver-

nehmlassungsverfahren fand es die breite Zustimmung der Kantone und der interessierten Wirtschaftsverbände.

Bemerkungen zu den Bestimmungen des Abkommens Dividenden

Nach isländischem Recht wird die Doppelbesteuerung gemildert, indem 50 Prozent der erklärten Dividende bei der ausschüttenden Gesellschaft vom steuerbaren Reingewinn in Abzug gebracht werden können. Dieser Abzug darf allerdings 5 Prozent des nominellen Gesellschaftskapitals nicht übersteigen. Das Abkommen trägt diesem Umstand insofern Rechnung, als Island im Beteiligungsverhältnis eine Quellensteuer von 15 Prozent auf den tatsächlichen in Abzug gebrachten Dividendenbetrag erheben darf, während die Schweiz die Verrechnungssteuer auf 5 Prozent zu begrenzen hat.

Zinsen und Lizenzgebühren

Zinsen und Lizenzgebühren können nur im Wohnsitzstaat des Empfängers besteuert werden.

Informationsaustausch

Es werden nur diejenigen Informationen ausgetauscht, die für die richtige Anwendung des Abkommens notwendig sind.

Finanzielle Auswirkungen

Die finanziellen Auswirkungen dieses Abkommens dürften gering sein.

Gesamtbeurteilung

Die vereinbarten Lösungen sind für die Schweiz sehr günstig. Das Abkommen verbessert die Rahmenbedingungen für bestehende und künftige schweizerische Investitionen in Island und dürfte ganz allgemein günstige Voraussetzungen zur Entwicklung des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs schaffen.

Der Ständerat hat dem Abkommen anlässlich der Wintersession 1988 diskussionslos zugestimmt.

M. Allenspach présente au nom de la Commission des affaires économiques le rapport écrit suivant:

En vue d'accroître les investissements étrangers, l'Islande élabore notamment un réseau de conventions de double imposition. En 1983, les autorités islandaises ont demandé l'ouverture de négociations avec notre pays. Malgré la relative modicité des investissements suisses en Islande (une entreprise suisse est néanmoins à l'heure actuelle le plus important investisseur étranger en Islande), notre pays ne pouvait se soustraire à cette requête provenant d'un Etat membre de l'OCDE et de l'AELE, qui suit une politique similaire à celle de la Suisse en matière de conventions de double imposition. La convention a été signée à Berne en été 1988. Elle s'en tient dans une large mesure au modèle de l'OCDE de 1987, tant pour le fond que du point de vue de la forme. Au cours de la procédure de consultation, le texte a rencontré une large approbation des cantons et des milieux économiques intéressés.

Remarques concernant les dispositions de la convention Dividendes

Le droit fiscal islandais permet un allègement de la double imposition, 50 pour cent des dividendes déclarés pouvant être déduits du revenu imposable de la société distributrice. Toutefois, la déduction ne doit pas dépasser 5 pour cent de la valeur nominale du capital de la société. La convention tient compte de cette caractéristique dans la mesure où l'Islande peut lever un impôt à la source de 15 pour cent dans les rapports de participation, sur le montant des dividendes, qui a pu être déduit effectivement, alors que la Suisse doit limiter l'impôt anticipé à 5 pour cent.

Intérêts et redevances de licence

Les intérêts et redevances ne sont imposables que dans l'Etat de résidence du bénéficiaire.

Echange de renseignements

Seuls les renseignements nécessaires à l'application régulière de la convention peuvent être échangés.

Incidences financières

La présente convention ne devrait avoir que des incidences financières minimales.

Jugement d'ensemble

Les solutions retenues sont avantageuses pour la Suisse. La convention améliore la base juridique des investissements suisses actuels et futurs en Islande et elle devrait, d'une manière générale, se révéler profitable au développement des échanges économiques.

Le Conseil des Etats a approuvé sans discussion le projet de convention lors de la session d'hiver 1988.

Antrag der Kommission

Die einstimmige Kommission beantragt Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und dem Bundesbeschluss über ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Island zuzustimmen.

Proposition de la commission

La commission vous propose à l'unanimité d'entrer en matière et d'adopter l'arrêté fédéral approuvant une convention de double imposition avec l'Islande.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1 und 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1 et 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 90 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

88.067

Doppelbesteuerung. Abkommen mit Indonesien Double imposition. Convention avec l'Indonésie

Botschaft und Beschlussentwurf vom 19. Oktober 1988 (BBI III, 1296)
Message et projet d'arrêté du 19 octobre 1988 (FF III, 1235)

Herr **Allenspach** unterbreitet im Namen der Wirtschaftskommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Das Doppelbesteuerungsabkommen mit Indonesien folgt weitgehend dem Musterabkommen der OECD aus dem Jahr 1977, enthält aber auch einige spezielle Bestimmungen, die auf Besonderheiten des indonesischen Steuerrechts zurückzuführen sind. Indonesien kennt keine Vermögenssteuer. Das Abkommen findet daher nur auf die Einkommenssteuer beider Staaten Anwendung.

Doppelbesteuerung. Abkommen mit Island

Double imposition. Convention avec l'Islande

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1989
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	88.050
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	08.03.1989 - 16:00
Date	
Data	
Seite	335-336
Page	
Pagina	
Ref. No	20 017 196

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.